



**Frau Katharina Reiche
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
10100 Berlin**

Düsseldorf, den 25.09.2025

Schutzmaßnahmen der Europäischen Union gegenüber Einfuhren bestimmter Stahlerzeugnisse

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,

die Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. (FVK) vertritt die Interessen der deutschen Hersteller von kaltgewalzten Bandstählen und steht seit jeher für offene Märkte, freien Handel und einen regelbasierten internationalen Wettbewerb. Voraussetzung für funktionierende Märkte ist jedoch die Einhaltung multilateraler Handelsregeln, wie sie durch das GATT-Abkommen definiert wurden. In den letzten Jahren beobachten wir zunehmend eine systematische Missachtung und Umgehung dieser Regeln: insbesondere staatlich gezielt für den Export subventionierte Überkapazitäten und kaum vorhandene Umwelt- und Sozialstandards führen zu massiven Wettbewerbsverzerrungen.

Das bestehende WTO-Regime stellt mit Anti-Dumping-Zöllen und den infolge des verschärften US-Zollregimes eingeführten Safeguard Measures Instrumente gegen Marktverzerrungen zur Verfügung. Diese in der Regel auf einzelne Produkte konzentrierten Maßnahmen können europäische Wertschöpfung jedoch faktisch nicht schützen und bergen stattdessen große Risiken.

Die aufgrund der erforderlichen WTO-Konformität aufwendigen und langwierigen Verfahren entfalten ihre Wirkung vielfach zu spät oder werden umgangen. Nach Abschluss der Verfahren festgelegte Zölle oder Kontingente verringern die Materialverfügbarkeit und führen regelmäßig zu einem Anstieg der Preise. Diese Effekte gefährden die Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Wertschöpfungsebenen und befördern ungewollt die Importe von Downstream-Produkten. Mit dem Import von Fertigprodukten sinkt jedoch auch die Nachfrage nach direkt von den Schutzmaßnahmen erfassten Gütern, wie beispielsweise Stahl.

Die Auswirkungen der seit 2017 eingeführten Anti-Dumping-Zölle und der Safeguard Measures für Stahlerzeugnisse zeigen sich in der Entwicklung der Importe von stahlhaltigen Downstream-Produkten wie beispielsweise Teilen für die Automobilindustrie, insbesondere in den letzten Jahren.

Dramatischer Anstieg chinesischer Exporte in die EU

Einer aktuellen Studie des internationalen Forschungsnetzwerks GERPISA¹ zufolge ist auch im Jahr 2024 ein dramatischer Anstieg stahlhaltiger Importe aus China in die Europäische Union zu verzeichnen. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die von Zöllen und Kontingenten geschützten Rohstahlprodukte und Halbzeuge, sondern insbesondere nachgelagerte Erzeugnisse mit hoher Wertschöpfung, etwa für die Industriebranchen Automobil, Bau und Maschinenbau.

Diese Importe verdrängen zunehmend europäische Anbieter und setzen auch die mittelständischen Unternehmen der Kaltwalzindustrie unter massiven Preisdruck. Analysen für Deutschland kommen zu ähnlichen Ergebnissen^{2,3}.

Forderung nach einem verpflichtenden European Content

Um die industrielle Basis Europas zu sichern und fairen Wettbewerb wiederherzustellen, unterstützt die FVK die aus der GERPISA-Studie abgeleiteten Forderungen der französischen Automobilzulieferindustrie nach einer verbindlichen European-Content-Regelung für stahlhaltige Erzeugnisse. Diese soll vorsehen, dass ein Mindestanteil der Wertschöpfung von etwa 80 % aus europäischer Herkunft stammen muss, um Güter auf dem EU-Binnenmarkt in Verkehr bringen zu dürfen.

Eine solche Local Content Regelung halten wir für geeignet, europäische Wertschöpfung, Investitionen in grüne Produktionstechnologien und hochwertige Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Vorgaben zu einer regionalen Wertschöpfung wirken weniger disruptiv und preissteigernd als Zölle oder Einfuhrkontingente, unterstützen eine regionale Wertschöpfung unmittelbar und sind im Vergleich zu den bekannten aufwendigen und schädlichen Instrumenten wie Anti-Dumping-Zöllen, Safeguard Measures oder auch CBAM unbürokratisch umzusetzen.

Grundsätzliche Neubewertung des WTO-Rahmens erforderlich

Da Local Content Maßnahmen wie das brasilianische Programm INOVAR AUTO in der Vergangenheit - auch von der Europäischen Union und insbesondere China - bei der WTO beanstandet und im Rahmen des Streitbeilegungssystems aktuell offenbar Interventionen der EU und Chinas gegen das US-amerikanische Investitionsprogramms IRA eingereicht worden sind, regt die FVK eine offene Diskussion über die Zukunft des GATT-Abkommens an.

In Anbetracht massiver, dauerhafter Regelverstöße zentraler Handelspartner, die zudem häufig von nicht außenhandelspolitisch begründeten Diskriminierungstatbeständen wie einer gezielten Währungs-⁴ oder Steuerpolitik flankiert werden, muss auch die Möglichkeit eines Austritts oder einer Neuverhandlung von Verpflichtungen nicht regelkonform agierender Staaten wie China oder den USA ernsthaft erwogen werden. Ziel muss ein modernes Handelsregime sein, das ökonomische Fairness, ökologische Nachhaltigkeit und industrielle Resilienz gleichermaßen berücksichtigt.

¹ [Actes du Gerpisa, Gerpisa, Volume 44 \(2025\)](#)

² [IW Kurzbericht Nr. 65, IW Köln, 2025](#)

³ [IW Report Nr. 30, IW Köln, 2024](#)

⁴ [IW Report Nr. 36, IW Köln, 2025](#)

Petium

Europa steht aufgrund der zunehmenden handels- und geopolitischen Konflikte vor einem industriepolitischen Scheideweg. Ohne wirksame Maßnahmen wie einen European Content droht der industrielle Kern Europas weiter zu erodieren.

Die Fachvereinigung Kaltwalzwerke ruft die Bundesregierung daher auf, sich entschieden und strukturell für faire Wettbewerbsbedingungen und den Fortbestand der produzierenden Industrie in Deutschland und Europa einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V.



Michael Ullrich
- Vorstand -



Anke Üffing
- Geschäftsstellenleitung -